Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — **Verlag, Auslieferung und Schriftleitung** des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 6 | **München / 6. Jahrgang** | **7. Februar 1919**

Sondernummer:

Das jüdische Palästina

mit Beiträgen von

Dr. Arthur Ruppin-Jaffa, Julius Berger-Berlin, Arnold Zweig-Berlin

1919 Wochenkalender 5679

	Februar	Adar	Bemerkung
Sonntag	9	9	
Montag	10	10	
Dienstag	11	11	
Mittwoch	12	12	
Donnerstag	13	13	
Freitag	14	14	פורים קטן
Samstag	15	15	שושן פורים קטן

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Nummer 6 München / 6. Jahrgang 7. Februar 1919

Dem jüdischen Palästina

war ein Abend geweiht, den die Zionistische Ortsgruppe München am 16. Jan. d. J. veranstaltet hatte. Männer von Verdienst und Berufung haben das Wort zu Ausführungen ergriffen, denen eine über den Rahmen des Gelegentlichen weit hinausreichende Bedeutung zukommt. Dieser Bedeutung sowohl wie der großen Klärungs- und Aufklärungspflicht dieser Stunde glauben wir gerecht zu werden, wenn wir folgende Darlegungen einer weiteren jüdischen Oeffentlichkeit zuführen.

Das jüdische Palästina.

Von Dr. Artur Ruppin.

Es ist ihnen allen bekannt, daß die zionistische Bewegung, deren Anfänge in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreichen, während des Krieges einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. Dieser Aufschwung besteht nicht nur darin, daß weite Kreise der Judenheit und auch Nichtjuden, die bisher gleichgültig gewesen waren, sich dieser Sache angeschlossen haben, sondern er besteht auch darin, daß die Regierungen, insbesondere die englische Regierung, unsere Wünsche als berechtigt anerkannt haben. Sie wissen, daß der englische Minister Balfour eine offizielle Erklärung abgegeben hat, in welcher die englische Regierung sich bereit erklärt hat, dem jüdischen Volk eine nationale Heimstätte in Palästina zu schaffen. Dadurch ergibt sich für uns die Möglichkeit, die Besiedelung Palästinas, die bisher unter der Gleichgültigkeit der großen Mehrheit der Juden und unter dem Widerstand der türkischen Regierung zu leiden hatte, in großzügiger Weise in die Hand zu nehmen. Kolonisation ist im allgemeinen keine leichte Aufgabe. Sie wird aber noch viel schwerer, wenn es sich darum handelt, als Kolonisten Leute zu gewinnen, die bisher zum allergrößten Teil in Städten lebten, in Läden und Werkstätten tätig waren, denen der Kontakt mit der Natur völlig verloren gegangen ist und die in Ländern leben, die nach ihrem Klima und ihren ökonomischen und technischen Verhältnissen Palästina ganz unähnlich sind. Ich will auch hier garnicht den Anschein erwecken, als ob für alle Fragen, die das Besiedelungswerk bietet, bereits eine Lösung gefunden wäre. Es bleibt hier noch vieles strittig und auf viele Fragen läßt sich überhaupt keine Antwort geben. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen läßt sich jedoch in allgemeinen Umrissen bereits ein Bild von dem Gange der zukünftigen Besiedelung entwerfen.

Zunächst ein Blick auf das, was Palästina ist und wie die Verhältnisse in Palästina bisher waren. Palästina ist ein Land von etwa 30 000 qkm, d. i. etwa ebenso groß wie Belgien. Die Einwohnerzahl ist zurzeit ungefähr 800—900 000 Seelen, von denen bei Beginn des Krieges etwa 90 000 Juden waren. Ein Teil der Bevölkerung lebt noch in Zelten, ein anderer Teil in Städten oder als seßhafte Bauern in Dörfern. Was die Juden betrifft, so leben sie in palästinensischen Städten schon sehr lange. Es hat eigentlich keine Zeit seit der Zerstörung des jüdischen Staates gegeben, in der Palästina von Juden gänzlich entblößt war. Ihre Zahl war zeitweise sehr gering, aber ein schwacher Faden läßt sich durch alle Jahrhunderte verfolgen. Zu dieser Bevölkerung, die ihren Ursprung zurückführt auf das altjüdische Staatswesen, sind dann etwa seit dem 13. Jahrhundert Einwanderer hinzugekommen, die aus Europa und Nordamerika kamen, um in Palästina ein dem Studium des Talmuds und der heiligen Schriften geweihtes Leben zu führen. Auch als die Juden im Jahre 1492 aus Spanien vertrieben wurden, hat ein großer Teil auf Umwegen den Weg nach Palästina gefunden. Diese Juden waren nach ihrer ganzen Art zu einem Kolonisationswerk nicht geeignet. Sie wollten ein beschauliches, religiösen Dingen geweihtes Dasein führen. Die Mittel hierzu brachten sie entweder aus ihrem bisherigen Heimatlande mit oder sie bekamen Unterstützungen von Verwandten zugeschickt oder sie lebten von Unterstützungen, die ihnen in immer wachsendem Maße vom Auslande zuflossen. Es bildeten sich in einzelnen Teilen Europas Vereine, die diesen Juden durch milde Gaben das Weiterverbleiben in Palästina ermöglichten, ohne daß sie es nötig hatten, einem Erwerb nachzugehen. Die Juden wohnten hauptsächlich in den vier heiligen Städten Jerusalem, Safed, Tiberias und Hebron und unter ihnen kam das jüdische Schrifttum zu hoher Blüte. Safed war im 16. Jahrhundert ein Zentrum jüdischer Wissenschaft für die ganze Welt. Außer in diesen Städten ließen sich viel später, etwa gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts, auch einige marokkanische jüdische Familien in den Hafenstädten Jaffa u. Haifa nieder. Sie waren mit orientalischen Sitten und der arabischen Sprache vertraut und deshalb besonders geeignet, von der arabischen

Bevölkerung die Brücke zu den später einwandernden Juden aus Osteuropa zu schlagen. Bei Beginn des Weltkrieges lebten etwa 60 000 Juden in den vier heiligen Städten, 15 000 in den beiden Hafenstädten Jaffa und Haifa. Diese städtische Bevölkerung war eine Musterkarte der Juden aus aller Welt. Juden aus Osteuropa fanden sich mit Juden aus Jemen in Arabien, Marokko, Persien, Buchara, Kaukasien zusammen. Sie lebten zu einem großen Teil, fast zu zwei Drittel von den milden Gaben, die aus Europa nach Palästina einflossen und jährlich circa 5 bis 6 000 000 Frs. betrugen. Daneben gab es natürlich auch noch Handwerker, Kaufleute, Lastträger, Kutscher usw.

Die ersten Anfänge der landwirtschaftlichen Kolonisation reichen in das Jahr 1882 zurück, in welchem Jahre die Kolonien Rischon le Zion, Petach Tikwah, Sichron Jakob, Roschpinah gegründet wurden. Es war die Zeit, in der in Osteuropa unter dem Einfluß der Chowewe Zion die theoretische Liebe zu Palästina sich mehr zu praktischen Übersiedelungsversuchen zu gestalten begann. Den Kolonisten ging es im Anfang ziemlich schlecht. Sie brachten zwar große Begeisterung mit, die sie unter den schwierigsten Verhältnissen in dem schlechten Klima ausharren ließ, aber diese Begeisterung ersetzte nicht die mangelnden Kenntnisse und Leistungen. Die Kolonien wären wahrscheinlich vom Erdboden verschwunden, wenn nicht Baron v. Rothschild durch Zuwendungen im großen Stil (bis zum Kriege fast 100 Millionen Frs.) sie über die schwerste Zeit hinweggebracht hätte. Die Kolonien haben dann mancherlei Schwierigkeiten durchgemacht, aber man kann doch einen Aufstieg in ihrer Entwicklung feststellen. Von den Kolonien haben besonders diejenigen, die sich mit dem Anbau von Wein, Mandeln, Oliven beschäftigten, ökonomisch eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen. Bei Beginn des Weltkrieges gab es in ganz Palästina ungefähr 40 landwirtschaftliche Siedelungen, von denen die größere Hälfte (in Judäa) vom sogenannten Pflanzungsbau lebte, während die übrigen in Nordpalästina sich mit Getreidebau und Milchwirtschaft beschäftigten. Insgesamt betrug der Wert der landwirtschaftlichen Produktion aus den Kolonien vor dem Kriege etwa 5 Millionen Frs. jährlich. Von den etwa 12 000 Juden in den Kolonien lebten ca. 7500 direkt von der Landwirtschaft, während die übrigen in indirekt damit zusammenhängenden Berufen, als Handwerker, Händler usw. ihr Brot fanden.

Die Orangenpflanzer hatten zwecks Absatz ihrer Produkte Verkaufssyndikate geschaffen. Sie verschickten ihre Apfelsinen mit besonderen Schiffen nach Liverpool und erzielten auf diese Weise sehr lohnende Preise. Ebenso haben sich die Weinbauern zusammengeschlossen und für ihre Weine im ganzen Orient, Europa und auch in Amerika einen guten Markt erschlossen. Die Kolonien besaßen komunale Selbstverwaltung. Ein von den Kolonisten gewähltes Komitee verwaltete alle finanziellen Angelegenheiten, schuf ein Grundbuch, das eine Kontrolle über alle Käufe und Verkäufe ermöglichte usw. Man kann sagen, daß diese Kolonien in Palästina wirkliche Kulturoasen sind, zumal auch für den Unterricht der Kinder, für Ärzte und Apotheken gesorgt ist. Die Kolonien sind vielfach auch von Nichtjuden besucht worden und haben den günstigsten Eindruck hinterlassen. Es dürfte nicht zum geringsten auf die Prosperität der jüdischen Kolonisation und des Stadtviertels Tel Awiw zurückzuführen sein, daß im Laufe des Weltkrieges die jüdischen Ansprüche auf Palästina von maßgebenden Faktoren anerkannt worden sind.

Die staatsrechtliche Stellung wird erst auf dem Friedenskongreß bestimmt werden können. Unsere politischen Führer, insbesondere Weizmann und Nahum Sokolow stehen auf der Wacht und werden dafür sorgen, daß die staatsrechtliche Stellung Palästinas so gestaltet wird, daß wir dort wirklich unsere nationale Heimstätte aufbauen können. Was dazu im einzelnen erforderlich ist, läßt sich etwa folgendermaßen bestimmen:

Zunächst muß Palästina in politischer Beziehung vereinheitlicht werden. Bis zum Kriege war Palästina in verschiedene türkische Provinzen auseinandergerissen. Wir müssen verlangen, daß Palästina innerhalb seiner Grenzen ein einheitliches staatliches Gebilde wird. Wir haben weiter nötig eine Reform des Immobilienrechtes und eine Reform der Steuergesetzgebung, da der Landwirt durch die bisherige Form des Zehnten (Oschers) zu sehr belastet ist. Wir haben endlich nötig eine Reform der Zollgesetzgebung. Bisher hatte Palästina einen allgemeinen elfprozentigen Wertzoll auf alle eingeführten Waren und es war klar, daß dieser Zoll die Rohstoffe und damit auch die Fertigfabrikate so verteuerte, daß sie für die Ausfuhr nicht mehr konkurrenzfähig waren. Während des Krieges wurde ein neuer Zolltarif, der Spezialtarife für alle einzelnen Waren enthält, aufgestellt, aber dieser Tarif war für die ganze Türkei ausgearbeitet und trug den speziellen palästinensischen Verhältnissen nicht Rechnung. Wir müssen, um eine Entwicklung zu ermöglichen, darauf dringen, daß ein neuer Zolltarif eingeführt wird, damit wir der neuaufstrebenden eigenen Industrie eine Entwicklung ermöglichen.

Eine weitere Voraussetzung für jüdische Massensiedlung in Palästina ist die Assanierung des Landes und die Übernahme von großen öffentlichen Arbeiten durch jüdische Kolonisationsgesellschaften. Palästina könnte an sich ein sehr gesundes Land sein. Wenn es dies nicht ist, wenn die Malaria noch in weitem Umfang herrscht, so liegt dies daran, daß die Regelung der Wasserläufe noch in keiner Weise vorgenommen ist. In Südamerika ist durch Regulierung des Wassers die Malaria vollständig ausgerottet worden. Wenn die Sümpfe trockengelegt sind, kann der Malariaerreger nicht existieren. Zu gleicher Zeit würde durch eine Trockenlegung der Sümpfe eine große Menge von kulturfähigem Boden erschlossen werden, der bisher nicht bewirtschaftet werden konnte.

Was außerdem eine jüdische Kolonisationsgesellschaft übernehmen muß, das sind öffentliche Arbeiten. In Palästina gibt es zur Zeit nur wenig Eisenbahnen. Die Wege sind in einem sehr schlechten Zustand und Häfen sind bisher überhaupt nicht vorhanden. Es ist während des Krieges zwar manches gebessert worden. Damaskus ist mit Jaffa durch eine Eisenbahn verbunden worden und die Engländer haben ihr ägyptisches Bahnnetz an das palästinensische angeschlossen. Aber es bleibt auf dem Gebiete des Bahnbaues noch immer viel zu tun. Insbesondere müßte der Süden Palästinas, der bisher nur spärlich besiedelt ist und der ein Gebiet darstellt, das sich für Baumpflanzungen und deshalb auch für jüdische Kolonien gut eignet, durch eine Bahn er-

schlossen werden, die von Gaza über Berseba nach Jerusalem führt. Ebenso könnte eine Bahn von Jerusalem über Nablus durch das Jordantal bis an den Tiberias-See gebaut werden, um das Jordantal für die Landwirtschaft zu erschließen. Sie wissen vielleicht, daß dieses Jordantal eines der merkwürdigsten Gebiete darstellt. Es liegt 300 Meter unter dem Meere, hat subtropisches Klima und subtropische Vegetation. Es gedeihen nicht nur Orangen und Zitronen, sondern auch Bananen, Zuckerrohr u. v. a. Dieses Gebiet ist durch die Eisenbahn von dem Hafen Haifa nur wenige Stunden entfernt und könnte in weniger als 5 Tagen seine Produkte auf den europäischen Markt bringen. Hier ist ein Siedlungsgebiet offen, in dem es möglich ist, auf einem verhältnismäßig kleinen Raum viele Menschen zu ernähren, ohne daß es nötig sein wird, andere Leute zu verdrängen; denn die Araber bedienen sich sehr primitiver Bewässerungsmethoden, so daß sie sich nur halten können, wo genügend Regen fällt. Wir dagegen würden durch große Bewässerungsanlagen das Wasser aus dem Jordan nutzbar machen und dadurch Boden, der bisher tot lag, lebendig machen und eine Existenzmöglichkeit für hunderte von Familien schaffen.

Nebenbei könnte die Kraft des Jordans und seiner Nebenflüsse auch zur Gewinnung von elektrischer Kraft benützt werden. Es müßten große Überlandzentralen geschaffen und damit das ganze Land mit elektrischer Kraft und Licht versorgt werden. Das ist deshalb wichtig, weil Palästina keine Kohlen hat und elektrische Kraft die fehlende Kohle ersetzen muß.

Sehr wichtig ist auch der Ausbau der beiden Häfen von Jaffa und Haifa. Bisher bestehen hier nur offene Rheden, die für den Verkehr völlig unzureichend sind. Die Schiffe müssen zwei Kilometer vor der Küste ankern, was im Winter sehr unangenehm ist, weil dann Stürme sehr häufig die Ausbootung verhindern.

Ich habe eine ungefähre Schätzung gemacht, welche Summen für alle diese Arbeiten nötig sind. Für Eisenbahnen, Entwässerungs- und Bewässerungsarbeiten, Bau von Eisenbahnen, für Instandhaltung der Häfen wäre eine Gesamtsumme von etwa 140 Millionen Franken aufzubringen. Es ist möglich, daß diese Anlagen im Anfange sich nicht sofort verzinsen, aber dafür wird durch eine große jüdische Einwanderung die Verzinsung umso größer sein und wir werden sagen können, daß es unsere Arbeit gewesen ist, die Palästina aus seiner bisherigen Lethargie aufgeweckt hat.

Nach diesen Arbeiten, die der Assanierung, der Bewässerung und der Verbesserung der Verkehrsmittel zu dienen haben, muß uns, bevor wir eine Massensiedlung beginnen, der Erwerb des für die Siedlung notwendigen Bodens sichergestellt sein. Ich glaube, daß hierin keine unüberwindlichen Schwierigkeiten liegen, weil es in Palästina noch sehr viel herrenlosen Boden und sehr viel Boden, der nur ganz extensiv bebaut wird, gibt. Der arabische Fellache bebaut nicht in jedem Jahre seinen ganzen Boden. Wenn wir ihm durch Einführung intensiver Bewirtschaftung die Möglichkeit geben, das gleiche Stück jährlich anzubauen, kann er mit einem bedeutend kleineren Besitz auskommen und es wird dadurch mehr Boden für uns frei. Wir werden es also nicht nötig haben, den palästinensischen Araber von seinem Boden zu verdrängen. Wir müssen allerdings verlangen, daß uns aller herrenlose und aller durch unsere Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen neu erschlossene Boden zur Verfügung gestellt wird, ebenso der Boden in der Eisenbahnzone (d. h. in angemessener Entfernung links und rechts von den durch uns gebauten Eisenbahnen) zu einem angemessenen Preise überlassen wird.

Den kleinen Landwirtschaft treibenden Fellachen wollen wir nicht verdrängen und werden wir nicht verdrängen. Wir werden ihm in allen Fällen, mag er bisher Eigentümer oder Pächter gewesen sein, so viel Boden belassen, wie er bisher jährlich bebaut hat.

Wir brauchen ferner eine National-Autonomie. Wir müssen die jüdische Wohlfahrtspflege in eigene Hände nehmen, das Schulwesen selbst verwalten, das Recht haben, unsere Streitigkeiten durch eigene Schiedsgerichte zu entscheiden, unsere eigene Sprache im Verkehr zu verwenden und alle jüdischen Kolonien und Stadtviertel frei zu verwalten. Die Juden sollen zu einer jüdischen Gemeinschaft zusammengeschlossen werden und ein von ihnen gewählter Oberster Rat soll alle jüdischen Angelegenheiten leiten. Ein gewisses nationales Leben war ja bisher schon vorhanden, nur war es von der Regierung nicht anerkannt. Wir hatten in den Kolonien bereits kommunale Selbstverwaltung. Ebenso wurde das jüdische Stadtviertel Tell Awiw bei Jaffa, das 1908 erbaut wurde und in kurzer Zeit mehr als 200 Häuser und über 2000 Einwohner hatte, durch einen selbstgewählten Bürgermeister sehr gut verwaltet. Es ist dort für Wasserleitung, öffentliche Sicherheit, Straßenpflasterung usw. aufs beste gesorgt. Auch ein jüdisches Schiedsgericht ist in Jaffa vorhanden. Die hebräische Sprache hat in den letzten Jahren vor dem Kriege einen gewaltigen Aufschwung genommen und ist die Umgangssprache der Jugend geworden.

Was die Regelung der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte anbelangt, so denke ich mir sie so, daß die Juden, solange sie eine Minderheit im Lande sind, gegen Vergewaltigungen geschützt werden müssen. Gleichzeitig muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, durch Masseneinwanderung zur Mehrheit zu werden. Könnte man heute durch ein Wunder alle Juden der Welt, die nach Palästina übersiedeln wollen, mit einem Schlag nach Palästina versetzen, so wären wir schon heute drüben die Mehrheit. Aber dieser Prozeß der Übersiedlung kann eben nicht an einem Tage erfolgen und für diese Übergangszeit soll nach meiner Ansicht ein von der Schutzmacht Palästinas ernannter Gouverneur die oberste Regierungsgewalt ausüben. Später, wenn der Übersiedlungsprozeß zu Ende ist, soll das Land eine Verfassung auf weiter demokratischer Grundlage erhalten.

Die den anderen Religionen teueren Stätten werden wir mit allem Respekt behandeln. Wir werden ihnen territoriale Selbstverwaltung geben und sie nicht den einheimischen Behörden unterstellen.

Das sind ungefähr die Voraussetzungen, die für eine jüdische Masensiedlung notwendig sind. Es fragt sich jetzt, welches die wirtschaftliche Basis der neu Einwandernden sein soll. Ich sehe hierfür folgende Möglichkeit. Zunächst werden die von mir vorhin angeführten öffentlichen Arbeiten und Verkehrsunternehmungen einer großen Zahl von Juden Beschäftigung geben. Das ist besonders wichtig, weil ich von allen Seiten höre, daß sich besonders in Osteuropa eine große Aus-

wanderungsbewegung nach Palästina geltend macht und hier können sofort auch ungelernte Arbeiter in großer Zahl aufgenommen werden. Eine zweite und zugleich die wichtigste Möglichkeit, um den Einwanderern Existenz zu geben, bildet die Landwirtschaft. Ich sehe für den landwirtschaftlichen Betrieb Palästinas etwa folgende Typen: Den Pflanzer, der in der Hauptsache Obstpflanzungen, Orangen, Zitronen, Oliven, Mandeln anbaut und der in seine Wirtschaft verhältnismäßig viel Kapital hineinstecken muß. Dafür haben die Baumpflanzungen den Vorteil, daß sie sich nach den bisherigen Erfahrungen gut verzinsen und von dem Besitzer keine allzu schweren Arbeiten verlangen. Außer dem Pflanzer gibt es den Typus des Kleinsiedlers, der ein geringeres Kapital nötig hat und sich in der Hauptsache von Gemüsebau, Milchwirtschaft und Geflügelzucht ernähren soll. Der dritte Typus ist der des Getreidebauern, der allerdings nicht mehr, wie es beim Pflanzer und Kleinsiedler möglich ist, ohne vorherige landwirtschaftliche Kenntnisse seinen Wohnsitz nach Palästina verlegen kann, sondern der in Palästina oder in Europa landwirtschaftliche Erfahrungen gewonnen haben muß. Wir haben schließlich als letzten Typus den des Häuslers, das ist in der Regel ein Mann, der ohne Mittel einwandert, eine Reihe von Jahren als landwirtschaftlicher Arbeiter tätig ist und die Möglichkeit erhält, ein kleines Stück Boden zu erwerben, ein Häuschen zu bauen und eine Familie zu gründen. Der Ertrag seines Bodens reicht nicht ganz zu seiner Existenz aus, er muß daher noch einige Tage in der Woche als Taglöhner arbeiten.

Sehr wichtig für diese landwirtschaftliche Kolonisation ist, daß für die berufliche Ausbildung durch landwirtschaftlichen Unterricht möglichst bald in größtem Umfange gesorgt wird. Hierfür ist leider bisher noch nicht genügend geschehen. Die Ausbildung in Schulen und Farmen erfordert sehr bedeutende Mittel und diese Mittel standen nicht zur Verfügung. Wir werden aber in Zukunft in Palästina die Zahl der Schulen und Farmen vermehren, aber wir werden nicht davon absehen können, schon in Europa durch Schaffung landwirtschaftlicher Betriebe oder Schulen einer großen Zahl von Leuten die Möglichkeit zu geben sich hier schon für Palästina vorzubereiten, denn in Palästina wird dies in dem erforderlichen Umfange so rasch nicht möglich sein, weil passend eingerichtete landwirtschaftliche Betriebe und Lehrpersonal nicht in genügender Zahl vorhanden sind.

Außer in der Landwirtschaft können in der heimischen Industrie eine große Anzahl Juden beschäftigt werden. Ich verstehe unter der heimischen Industrie die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte, wie z. B. Konservenfabriken, Mühlen, Ölfabriken usw. Ein Teil der Leute kann ferner in der Bauindustrie und als Handwerker für lokalen Bedarf, ein weiterer aber kleinerer Teil im Handel und in den freien Berufen untergebracht werden. Diese Leute werden alle direkt von der Landwirtschaft leben.

Eine andere große Erwerbsmöglichkeit wird hoffentlich die Exportindustrie bilden. Wir sehen, daß in den letzten 30 Jahren mehrere Millionen Juden aus Osteuropa nach Amerika ausgewandert sind und sich dort durch Schaffung von Industrien, hauptsächlich Konfektionsindustrie, eine Existenzmöglichkeit geschaffen haben. Es liegen für Palästina hierüber noch keine Erfahrungen vor, es sollte aber doch scheinen als ob die Juden, die in Osteuropa für diese Industrie bereits vorbereitet sind, bei vernünftiger Zollgesetzgebung sich auch in Palästina diesen Berufen zuwenden können. Hierher gehört außer der Konfektionsindustrie vielleicht auch noch Zigaretten- und Diamantenindustrie.

Eine weitere Erwerbsmöglichkeit sehe ich im Fremdenverkehr. Palästina hat schon in der Vergangenheit eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Nicht nur wegen der religiösen Erinnerungen, die es für die drei großen Religionen hat, sondern auch weil es landschaftlich interessant ist und weil es durch seine heißen Quellen vielen Leidenden Heilung bringen kann. Die Schwefelquellen am Tiberias-See und am Toten Meer sind von Sachverständigen untersucht und denen in Aachen gleichgestellt worden.

Eine letzte Erwerbsmöglichkeit sehe ich im Schulwesen. Es sind schon bisher zahlreiche Kinder aus Osteuropa nach Palästina geschickt worden, damit sie hier eine wirklich jüdische Bildung erhalten und diese Kinder bringen natürlich durch Schul- und Pensionsgeld Einnahmen nach Palästina.

Es ist sehr schwer vorauszusagen, wie viel Einwanderer in all diesen Berufen in absehbarer Zeit ihre Existenz werden finden können. Wir wissen nicht, wie sich das wirtschaftliche Leben überhaupt nach dem Kriege gestalten wird. Unser Ziel müßte sein, möglichst rasch in Palästina die Majorität zu werden. Die arabische Bevölkerung zählt ungefähr 800 000 Seelen, ihr natürlicher Zuwachs ist nicht groß und ich glaube, daß wir in absehbarer Zeit, d. h. in etwa 20—30 Jahren, nicht mehr als eine Million Nichtjuden in Palästina haben werden. Eine Einwanderung von Nichtjuden nach Palästina ist unwahrscheinlich. Die Bevölkerung im ganzen Orient ist durch den Krieg stark dezimiert und hat keine überschüssige Bevölkerung. Palästina hat übrigens auch keine große Anziehungskraft für den arabischen Fellachen, dieser würde sicher Mesopotamien vorziehen. Er findet dort das Wasser, das er über alles schätzt, bereits vor, während er in Palästina große Kapitalien für Bewässerungsanlagen ausgeben müßte. Unsere Aufgabe wird daher sein, mehr wie eine Million, also etwa 1½ Millionen Juden nach Palästina zu bringen. Ich möchte glauben, daß dieses Ziel im Verlaufe eines Menschenalters, also in etwa 30 Jahren erreicht werden kann und zwar in der Form, daß etwa eine halbe Million in der Landwirtschaft, eine halbe Million in den Berufen, die indirekt durch die Landwirtschaft gespeist werden und eine weitere halbe Million durch die Exportindustrie Existenzmöglichkeit finden werden.

Als Instrument der ganzen Kolonisationsarbeit soll eine jüdische Kolonisationsgesellschaft gegründet werden, für die ein Kapital von 500 Millionen Franken nötig erscheint. Diese Ziffer wäre uns vor dem Kriege phantastisch erschienen, heute ist sie es durchaus nicht mehr. Es ist sicher, daß die jüdischen Philanthropen, die bisher schon große Summe ausgegeben haben, sich auch an der neuen jüdischen Arbeit in Palästina beteiligen werden und im übrigen bin ich sicher, daß das jüdische Volk in dieser entscheidenden Stunde die Besiedlung durch Bereitstellung von Geldmitteln ermöglichen wird.

Die Kolonisationsgesellschaft sollte ihr Kapital in der Weise aufbringen, daß sie 100 Anteile zu je 5 Millionen Franken herausgibt. Die großen

Finanziers und Gesellschaften werden für sich allein je einen oder mehrere Anteile übernehmen, andere Leute werden sich innerhalb eines größeren Gebietes zusammenschließen und gemeinsam einen Anteil zeichnen. Die Anteilgenossen bekommen die auf ihren Anteil entfallende Dividende proportionell ihrer Beteiligung nud haben zu bestimmen, wer ihren Anteil in der Generalversammlung der Kolonisationsgesellschaft vertreten soll. Dies ist nötig, damit das ganze Unternehmen nicht in der Hand einiger Großkapitalisten ist, sondern das ganze Volk Kontrolle ausüben kann.

Die Kolonisations-Gesellschaft wird Tochter-Gesellschaften für alle einzelnen Zweige der Kolonisation gründen und diese Tochter-Gesellschaften werden dann die einzelnen Arbeiten ausführen. Es wird z. B. Tochter-Gesellschaften für Ent- und Bewässerungsarbeiten geben, ferner solche für den Bau von Häfen, Eisenbahnen, eine Agrarbank, städtische Hypothekenbank, Häuserbaugesellschaft usw. Das Kapital von 500 Millionen Franken wird, wenn die Kolonisation ungefähr in dem erwähnten Umfange vor sich geht, für die ersten 10—15 Jahre ausreichen. Nach Ablauf dieser Zeit werden nochmals größere Kapitalien nötig sein aber deren Aufbringung wird dadurch erleichtert sein, daß die bisherige Kolonisation schon gezeigt haben wird, daß Gelder, die in Palästina angelegt werden, wirklich eine angemessene Verzinsung bringen.

Neben der Kolonisationsgesellschaft, die ebenso wie ihre Tochtergesellschaft nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet sein muß und wenigstens eine mäßige Verzinsung ihrer Kapitalien anstreben soll, muß es uns gelingen, größere Mittel für nationale, nicht auf Gewinn hinstrebende Fonds zu bekommen. Die wichtigste Organisation hierzu ist der Nationalfonds, der vor erst 15 Jahren gegründet wurde, zum Zwecke, Boden in Palästina als unveräußerliches Eigentum für das jüdische Volk zu erwerben. Er soll verhindern, daß die Mißstände, die in Europa durch Spekulation mit Boden entstanden sind, auch in Palästina auftreten. Er erwirbt den Boden und behält ihn als Eigentum, gibt ihn aber an jüdische Pächter in langjährige Pacht weiter. Dieser Fonds dessen Einnahmen im letzten Jahre zwei Millionen Franken betrugen und die in Zukunft sicherlich sprunghaft wachsen werden, soll für uns ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit sein. Er soll es auch den Minderbemittelten ermöglichen, in Palästina auf eigener Scholle zu siedeln. Es soll in Palästina keine Proletarier geben, nicht Leute, die ihr ganzes Leben nur Lohnarbeiter bleiben, sondern es soll jeder Arbeiter, der hier etwa 6—8 Jahre gearbeitet und sich als Arbeiter bewährt hat, sichere Aussicht auf ein Stück eigenen Bodens vom Nationalfonds haben. Es muß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, mit geringen Mitteln ein Häuschen zu errichten, und einen kleinen Wirtschaftsbetrieb zu beginnen. Das wird dem Landarbeiter ein ganz anderes Gefühl des Verwachsenseins mit dem Boden geben, als es ein Arbeiter hat, der ohne ein eigenes Stück Boden von Ort zu Ort getrieben wird und von der Willkür eines Unternehmers abhängt. Wir werden, um die Selbständigmachung der Arbeiter zu ermöglichen, einen Kolonisationsfonds nötig haben, aus dem Arbeiter nach einer bestimmten Anzahl von Jahren Beihilfe zur Ansiedlung bekommen.

Es soll den Arbeitern auch die Erlangung von Krediten dadurch erleichtert werden, daß die Bildung von Kreditgenossenschaften in jeder Weise erleichtert wird. In den Städten ist die Bildung von Arbeiter-Produktiv-Genossenschaften nötig. Wir wollen die Schäden des Schwitzsystems vermeiden, welche sich bei der Einführung der Konfektions-Industrie durch die Ostjuden in Amerika gezeigt haben. Wir müssen durch Kredite, die wir den Arbeitern zur Verfügung stellen, den ausbeuterischen Charakter, den diese Industrie in Amerika hatte, zu verhüten suchen. Wir dürfen überhaupt in Palästina nicht alle sozialen Einrichtungen von Europa kritiklos übernehmen, sondern wir müssen unser Gemeinwesen auf der Grundlage sozialer Fürsorge und Gerechtigkeit aufbauen. Es ist zwar nicht möglich Palästina ganz aus dem Weltgetriebe herauszuheben und solche Formen des sozialen Lebens einzuführen, die noch nirgends eingeführt sind, und das Wirtschaftsleben zu Grunde richten würden. Wir müssen damit rechnen, daß die Produktionszweige Palästinas mit den gleichen Zweigen in anderen Ländern die Konkurrenz aushalten müssen, wenn unsere Kolonisation nicht zusammenbrechen soll. Soweit die Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Betriebe reicht, soll die soziale Gerechtigkeit im Interesse der weniger Bemittelten zu Wort kommen.

Eine besondere Frage ist noch diejenige unseres Verhältnisses zu den Arabern. Nach meiner Überzeugung hängt unsere ganze Existenz davon ab, daß wir mit den Arabern in ein freundschaftliches Verhältnis kommen. Wenn wir unsere Stellung in der vorderasiatischen Welt, aus der wir vor 2000 Jahren vertrieben wurden, wieder einnemen wollen so ist das unmöglich, wenn wir nicht in Frieden und Freundschaft mit dem stärksten Volke dieses Gebietes, den Arabern leben. Ich glaube, daß sich ein solch freundschaftliches Verhältnis wird herstellen lassen. Noch vor einigen Jahren hätten die Araber mit scheelen Augen auf ein jüdisches Palästina gesehen, weil damals ihre eigenen nationalen Forderungen noch unerfüllt waren. Aber die Gestaltung der Dinge im Kriege hat auch den Arabern die Erfüllung ihrer Forderungen gebracht und ich glaube nicht, daß sie, die von Gibraltar bis nach Kleinasien und zum persischen Golf reichen, uns das kleine Plätzchen neiden werden, mit dem unsere Geschicke verknüpft sind. Wenn wir in Palästina die großen Verkehrsunternehmungen gebaut haben und wenn die Araber die Vorteile erkannt haben, die auch für sie durch die Verbesserung der Verkehrsmittel und die Fortschritte der beruflichen und allgemeinen Ausbildung erstehen, werden wir sicher in ein gutes Verhältnis mit ihnen kommen. Ihre Sprache ist unserer Sprache so nahe verwandt, daß beide Sprachen nur als verschiedene Dialekte erscheinen.

Das ist das Wesentliche, was ich Ihnen über Palästina sagen wollte. Ich hoffe, daß das Werk, das uns in den nächsten 2 oder 3 Jahrzehnten beschäftigen wird, dazu führen wird, daß endlich die Wanderschaft aller derjenigen Juden, die sich nach einer nationalen Heimstätte sehnen, ein Ende haben wird.

Bekenntnis zum Volk.

Von Julius Berger.

Wir stellen die Frage: Was haben wir deutschen Juden zu tun angesichts der neuen Wendung, die die Judenfrage genommen hat? Sollen wir teilnehmen, oder sollen wir, wie bisher, die Entscheidungen außerhalb uns vor sich gehen lassen? Es ist festzustellen: was haben die deutschen Juden bisher damit erreicht, daß sie sich der großen Bewegung ferngehalten haben und was geben sie auf, wenn sie weiter diesen Standpunkt einnehmen. Stehen die deutschen Juden so da, daß sie verzichten können auf eine Zugehörigkeit zum jüdischen Volk und auf das Recht auf Palästina? Sie sind in einer besonders schwierigen Lage. Als Bürger des Deutschen Reiches gehören sie mit zu den Besiegten und haben die Einbuße an Wertschätzung mitzutragen. Als Glieder des jüdischen Volkes haben sie so oft erklärt, daß sie nicht zu diesem Volke gehören, daß sie auch innerhalb der Judenheit den Einfluß verloren haben, der ihnen bis zum Kriege den besonderen Schutz innerhalb der Judenheit sicherte. Die deutschen Juden waren bis zum Kriege gewissermaßen die Geschäftsführer der Juden der Welt. Sie haben u. a. die eingehenden Gelder verteilt. In diesem Kriege haben sie vergessen, ihren Aufgaben gerecht zu werden. So war es z. B. den deutschen Juden bekannt, was die Deutschen unter den Augen der deutschen Verwaltung den polnischen Juden angetan haben, und sie haben sich nicht so dagegen gewehrt, wie es ihnen zugekommen wäre. In dem Augenblick, wo das gesamte jüdische Volk sich vereinigte, um das zu erringen, was uns geboten wurde, da hat gerade das deutsche Judentum besonders stark betont, daß es nicht dazu gehört. (Zentralvereins-Kundgebung!) Die Judenfrage ist eine politische Frage. Herzl sprach aus: wir sind ein Volk. Wenn heute gesagt wird, daß unsere großen Erfolge auf die Kriegskonstellationen zurückzuführen sind, so ist es doch klar, daß gerade ein so vorsichtiger politischer Rechner, wie England, sich frägt, wer der Gegenpart ist, und als solchen nicht die zionistische Organisation wählt, die doch nur einen kleinen Teil des jüdischen Volkes darstellt. Es ist sicher nicht so, daß die Lösung für England gerade von seinem eigenen Gesichtspunkt aus von besonderer Bedeutung ist. Nicht England allein hat sich für die Lösung entschieden. Alle Staaten, die zu der Entente gehören, sogar Japan, haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß in der Schaffung eines jüdischen Palästinas die gerechte Lösung liege. Die Schaffung des jüdischen Palästinas ist vielleicht die einzige Möglichkeit, die Friedensidee zum Ausdruck zu bringen. In der Verwirklichung des nationalen Strebens der Juden kommt der Gedanke klar und rein zum Ausdruck. Indem ihm seine Heimat gegeben wird, wird das jüdische Volk zu Dank verpflichtet allen Völkern, die daran teilnahmen, und niemands Interessen werden dadurch geschädigt. Die deutschen Juden begehen, wenn sie sich dieser Bewegung fernhalten, ein Unrecht an der ideellen Gestaltung der Welt. Als Juden aber haben sie das größte Interesse, sich dieser neuen Bewegung anzuschließen. Sie haben als Deutsche und als Juden verloren. Wodurch ist die Unruhe zu erklären, die die deutschen Juden jetzt ergriffen hat? Es erweist sich, daß die Gleichberechtigung allein nicht genügt. Man fordert sie zwar, kann und darf sie aber nicht in Anspruch nehmen. Man glaubt uns nicht mehr, daß wir ganz und gar so musterhafte Deutsche wie Juden sind. Und wenn wir es nicht zugeben, dann müssen wir doch einen Grund dafür haben. Geben wir es doch zu, daß wir Glieder des jüdischen Volkes sind, dann wird man es uns nur umso eher glauben, daß wir in diesen Zeiten auch an den Arbeiten Deutschlands teilnehmen können. Wir dürfen nicht länger in den Poren des deutschen Wirtschaftslebens sitzen und dabei behaupten, daß wir mit Deutschland verschmolzen sind. Geben wir denn etwas auf? Haben wir denn irgend etwas zu verlieren? Wir können und wollen nicht von heute auf morgen die Zusammenhänge, die uns mit Deutschhand verbinden, aufgeben. Wir sind berufen und würdig, an den Geschicken des deutschen Volkes mitzuarbeiten. In uns schlummern viele Kräfte, auf die niemand wird verzichten können. Brauchen wir diese Kräfte und Deutschland wird und muß uns dafür dankbar sein. Für die Deutschen muß endlich reine Bahn geschaffen werden im Verhältnis zu uns. Sie werden uns als Glieder des jüdischen Volkes anerkennen.

Als Glieder des jüdischen Volkes aber müssen wir alle verlorenen Talente unserem Volke zurückführen. Die Erklärung Balfours wurde in dem Lande gegeben, in dem der Zionismus am schwächsten ist. Am meisten bekämpft wurde die zionistische Bewegung in Deutschland, in dem Lande, wo bisher die zionistische Leitung saß. — Für die anderen kommt es nur darauf an, daß wir Juden sind; der Begriff der jüdischen Einheit macht uns zur politischen Aktion fähig. Nur das Jüdische in uns kann maßgebend sein für unsere Politik. Die jüdische Forderung muß für uns die erste sein. Dann haben wir in uns den Wert und die Festigkeit, die uns die Möglichkeit gibt, den anderen frei und stolz gegenüberzutreten. Jeder von uns weiß, es wäre für Deutschland besser gewesen, wenn wir zur rechten Zeit gesprochen hätten, und heute liegen die Dinge so, daß es die deutsche Regierung am meisten bedauert, daß sie von den deutschen Juden gehindert worden ist, das großartige Geschäft zu machen, das heute nun einmal in der Anerkennung des Zionismus liegt. Wir Juden treiben nicht erst seit 48 Jahren Politik. Wir wissen viel länger, wie man sich benehmen muß, wenn man von Feinden umgeben ist. Wir hätten die Zusammenhänge, Ursachen und Folgen besser übersehen. Die Deutschen werden es von uns verlangen, daß wir ihnen in Zukunft mit unseren Erfahrungen zur Seite stehen.

Es darf sich niemand aus unserer Gemeinschaft ausschließen. Es bereitet sich etwas schönes Jüdisches vor in Palästina und es kann kein Jude dagegen sein. Jetzt müssen wir Volkspolitik in großem Stile machen. Jeder muß sich sagen: Auch ich gehöre dazu.

Unser Palästina.

Von Arnold Zweig.

Gibt es heute noch Gegner des zionistischen Ideals? Die Lösung der Judenfrage, die der Zionismus propagiert hat, ist im Programm der Stunde enthalten: die jüdische Siedlung im alten klassischen Lande der Gesetzgebungen und Propheten bereitet sich heute in den Tagungen der Großmächte vor, und da der Krieg und die Jahre der Besetzungen auch die konservativsten an den Boden der Diaspora festgeklammerten Judenmassen des Ostens mit unerhörtem Elend und unerhörten geistigen Ausblicken aufgewühlt hat, scheint das Judenvolk sich wieder einmal anzuschicken, einen seiner jahrhundertwendenden Schritte zu tun: den ersten Schritt heimwärts.

Es ist durchaus wahr: schneller als wir gewollt haben, tritt die Erfüllung an uns heran, und nicht nur als Sieg der Ideen des Rechts und der Billigkeit gegenüber dem gequältesten Volke der Weltgeschichte, sondern ebenso sehr als Produkt großpolitischer Besprechungen und eines nicht ohne Eifersüchte erfolgten Abwägens zwischen den einzelnen Interessen großer Mächte. Beides kann keinen Deut von der klaren Erkenntnis abziehen, daß ohne die Arbeit des nun zwanzig Jahre alten organisierten und politischen Zionismus den Großmächten diese Lösung nicht zur Verfügung gestanden hätte. Und keinen Deut abziehen kann dies „Geschenk an das jüdische Volk" von der Tatsache, daß das Judentum in diesem „Geschenk" einen Sieg seines Rechtsanspruches auf natürliches Volksleben sieht, und daß es zweitens seine Neutralität mit verstärkter Stimme kundtut: was Palästina angeht, sind wir nichts als Juden und nur das Interesse des jüdischen Volkes haben wir zu wahren. Möge der einzelne Jude nach Geburt und geistiger Veranlangung als privater Mensch den Sieg der Entente und ihres Programms feiern, möge er mit Ehrfurcht und Mitgefühl sich in die tragischen Krisen der Wiedergeburt Rußlands, Deutschlands oder Deutsch-Österreichs einbeziehen: was Palästina, was die nationalen Forderungen des jüdischen Volkes angeht, gibt es für uns nur eine Einstellung: die jüdische, die uns ebenso natürlich und von allen andern ebenso zu achten ist, wie die rein eidgenössische des Schweizers.

Zu früh erfüllt: wir wollten die Arbeit der Läuterung, deren uns die Teile unseres Volkes, jeder auf seine Art, bedürftig erschienen in der alten Gemeinschaft leisten, wo die Verzerrung als abzubrechendes Zeugnis unserer langen Entjudung und Unnatur leibhaft mit uns umgeht. Wir hofften, daß derselbe Weg voll Mühsal, Hingabe, Opfer und Enttäuschung, der uns geprüft hat, auch denen zuteil werden solle, die jetzt Jünglinge und Mädchen sind, damit in Palästina der Aufbau umso reineren Geistes, mit umso reineren Händen stattfindet. Es ist anders gekommen, und wir heißen es gut. Wir werden den Kampf gegen unsere Verzerrungen und Laster, gegen das Literarische und das Händlerische im Juden, mit einbeziehen müssen in den Kampf um Zion, in den Aufbau der neuen Gemeinschaft. Sei es! Und mögen auch die Kämpfe zwischen neuer Religiosität und der großen traditionellen Religion, zwischen sucherischer Jugend und der Weisheit der Väter auf jenem Boden sich abspielen, der alle großen, innerjüdischen Krisen durch seine reine und heilende Luft in eine Sphäre voll gegenseitiger Achtung und des endlichen Verstehens gehoben hat; er wird seine Kraft auch diesmal bekunden.

Eines aber wird keinesfalls geschehen: Der kapitalistische Geist wird nicht in jener Gemeinschaft grundlegend werden, wie er dies europäische Zeitalter, das jetzt in Krämpfen abläuft, gegründet hat. Der soziale Genius des Judentums, untötbar lebend von Moses bis Karl Marx und seinen Erben, wird dies verhindern. Noch ehe die jüdischen Massen die Küste Palästinas sehen, werden in der europäischen Zionistenkonferenz diejenigen Grundlinien gezogen werden, die bei aller Freiheit für den Einzelnen diesen Dämon ausschließen, der die Arbeit von Völkern in die Hände von Wenigen spielen möchte. Der eben vergangene Delegiertentag des deutschen Zionismus war dafür ein Beweis neben vielen, er, der die Sozialisierung des Bodens und seiner Schätze als die zentrale Voraussetzung der neuen Siedlung anerkannte. Und ist damit nicht die Voraussetzung für ein edleres Zusammenleben von Juden gegeben? Wir glauben es. Wir sehen unsere unendliche Aufabe: Reinigung, Steigerung, Verwirklichung des jüdischen Geistes im Leben einer jüdischen Gemeinschaft, nach derselben Richtung weisen, die heute die Völker Rußlands, die deutschen Stämme in einem unerhörten Aufstand vereinigt: es sind die Ziele der Menschheit, das gerechtere kameradschaftliche Leben auf der Oberfläche dieser Erde; und neuer Mut, neues Vertrauen in den Dienst der Stunde beseelt uns. Nicht werden die Juden, die zurückbleiben, in alter Ordnung ohne den neuen Geist fortdämmern; unser Aufbruch wird für sie ein Signal mehr sein sich zu besinnen, und die Söhne und Töchter auch derer, die sich heute von uns fernhalten, werden zu uns gehören, wie die Söhne derer, die zu Haggais Zeiten sprachen: „Die Zeit ist noch nicht da, daß man des Herrn Haus baue", sich dennoch mit Zerubabel an die Arbeit machten — und da war sie doch da, diese Zeit.

Balfour und Lord Cecil über das jüdische Palästina.

Der Vizepräsident der Zionistischen Organisation, Dr. Stephen Wise, hatte eine längere Unterredung mit Balfour. Balfour versicherte, daß seine bekannte Erklärung vom 2. November 1917 nur ein Minimum dessen darstellte, was die Juden von der Friedenskonferenz zu gewärtigen haben.

Dr. Wise hatte auch eine Unterredung mit Lord Robert Cecil, der sich dahin äußerte, es könne kein Zweifel bestehen, daß die Friedenskonferenz die jüdischen Forderungen voll befriedigen werde. Cecil sagte, daß die jüdische Sache seit November v. J. außerordentlich große Fortschritte gemacht habe.

Über die Unterredung des Dr. Wise mit englischen Politikern wird noch folgendes bekannt:

Als Erwiderung auf eine Frage, die die Erklärung Mr. Balfours hinsichtlich der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina betraf, sagte Dr. Wise: „Mr. Balfours Erklärung besteht und bleibt

bestehen. Sie stellt, wie ich weiß, die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem jüdischen Volke dar. Überdies wäre eine britische Schutzherrschaft über ein jüdisches Palästina eine so selbstlose Handlung seitens Groß-Britanniens, daß sie alle Verleumder Britanniens, die so gern vom „britischen Imperialismus" sprechen, zum Schweigen brächte.

Man soll und wird wahrscheinlich Groß-Britannien ein Mandat für die Schutzherrschaft über Palästina übertragen, eine Schutzherrschaft, die Groß-Britannien, wie ich Grund habe vorauszusetzen, ohne die Einwilligung desinteressierter Völker wie des unseren nicht annehmen wird. Groß-Britannien wird auf Grund einer Aufforderung oder eines Mandates der Liga der Nationen als Schutzherr über Palästina eingesetzt werden, und dem jüdischen Volke sowie dem jüdischen Gemeinwesen, das wir in Kürze zu verwirklichen hoffen, wird das zum Besten gereichen. Schließlich ist es kein Geheimnis, daß Präsident Wilson, Colonel House und Mr. Lansing seit langem mit freundlichem Interesse die Entwicklung der zionistischen Bewegung verfolgt haben."

Über eine Unterredung mit M. Tardieu, dem französischen Bevollmächtigten in den Vereinigten Staaten wegen Frankreichs event. Zustimmung zu der englischen Schutzherrschaft, äußerte sich Dr. Wise folgendermaßen:

„Es ist sicher, daß es in allen Fragen vor der Friedenskonferenz zu einem Übereinkommen zwischen Frankreich, Groß-Britannien, Amerika und Italien kommen wird. Es darf sicher vorausgesetzt werden, daß Frankreich der Entscheidung der Liga der Nationen zustimmen wird, welche das Mandat für Palästina Groß-Britannien erteilen wird, ebenso wie Britannien und Amerika Frankreich darin unterstützen werden, Mandatar über das benachbarte Syrien zu werden."

Über die Möglichkeit von Grenzschwierigkeiten im nahen Osten befragt, sagte Dr. Wise: „Wenn Frankreich und Groß-Britannien, wie erwartet werden darf, als Befreundete und Alliierte handeln, und sich nicht auf fragwürdige Verträge stützen, sondern auf den Geist, der die ganze Konferenz beherrschen sollte, wird es derartiges nicht geben."

Die neueste Lösung der rumänischen Judenfrage.

Die rumänische Regierung bemüht sich mit aller Kraft, die rumänische Judenfrage nicht vor das Forum der Friedenskonferenz kommen zu lassen. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß im letzten Augenblick ein Gesetz erlassen wurde, das, wenn Reuter seinen Inhalt richtig wiedergibt, geeignet wäre, die berechtigten Forderungen der rumänischen Judenheit und des ganzen jüdischen Volkes in Bezug auf diese Frage zu erfüllen. Wenn die Judenheit der ganzen Welt dennoch die Behandlung der rumänischen Judenfrage auf der Friedenskonferenz fordert, so hat das seine guten Gründe. Bei jedem Gesetz kommt es im hohen Grade auf die Ausführungsbestimmungen und auf den Geist an, in dem man es in der Praxis zur Anwendung bringt. Nach allen bisherigen Erfahrungen kann aber das jüdische Volk zur rumänischen Regierung und deren Beamten nicht das Vertrauen haben, daß sie das neue Gesetz in wohlwollender und loyaler Weise den Juden gegenüber anwenden werden. Die rumänischen Behörden, Verwaltungsorgane sowohl wie Gerichtshöfe, haben noch in den letzten Wochen bewiesen, mit welch kleinlichen und engherzigen Mitteln sie die tatsächliche Emanzipation des jüdischen Volkes in Rumänien zu verhindern suchten. Derartigen Versuchen kann nur durch energische Maßnahmen der Friedenskonferenz, die die gerechte und loyale Durchführung des neuen Gesetzes garantieren muß, ein Riegel vorgeschoben werden.

Wie wohlbegründet die obigen Befürchtungen sind, geht aus folgender dem Kopenhagener Zionistischen Bureau von zuverlässiger rumänischer Seite zugehenden Drahtmeldung hervor:

„Das soeben erlassene Emanzipationsdekret ist für die rumänischen Juden unannehmbar, da es in der Praxis vollkommen undurchführbar ist. Das Dekret verpflichtet nämlich jeden Juden, ein Gesuch bei den Gerichtshöfen einzureichen, wobei er Geburt und Nichtzugehörigkeit zu fremden Staaten mit Akten beweisen muß. Die Verpflichtung die Nichtangehörigkeit zu einem fremden Staate aktenmäßig zu beweisen, bedeutet eine Verschlimmerung sogar gegenüber dem kürzlich erlassenen Gesetz Marghilomans. Angesichts der feindseligen Haltung und der Obstruktion, die die rumänischen

Behörden und Gerichtshöfe allen jüdischen Naturalisationsgesetzen gegenüber an den Tag legen, ist es klar, daß auch das neue Gesetz, das die Prüfung eines jeden Einzelfalls verlangt und sie in die Hände der Beamtenschaft legt, vollkommen illusorisch bleibt. Sogar bei loyaler Anwendung des neuen Gesetzes würde die Durchführung der jüdischen Emanzipation in Rumänien eine lange Reihe von Jahren erfordern. Die einzige tatsächliche Lösung der rumänischen Judenfrage kann nur durch die Friedenskonferenz erfolgen, die eine en bloc-Erklärung aller rumänischen Juden als gleichberechtigte Staatsbürger beschließen und die Durchführung des Gesetzes garantieren muß."

Wir können uns nach dem oben Angeführten damit begnügen, noch folgende Nachricht zu publizieren, die uns ebenfalls aus absolut unanfechtbarer Quelle in diesem Augenblick zugeht:

„Laut Nachricht aus Bukarest ist die Lage der jüdischen Bevölkerung fürchterlich. In Bukarest und Braila fanden Plünderungen statt, viele Juden wurden geschlagen und verhaftet. Die Hetze war nie so heftig und leidenschaftlich wie jetzt."

Das jüdische Volk hofft zuversichtlich, daß alle Vertuschungsversuche der rumänischen Regierung, zu denen man nach dem hier Ausgeführten auch das neue Gesetz wird rechnen müssen, vor dem Forum der Friedenskonferenz erfolglos bleiben werden. Das jüdische Volk weiß, daß die alliierten Mächte entschlossen sind, eine tatsächliche und wirksame Lösung der rumänischen Judenfrage durchzusetzen, und erwartet mit Bestimmtheit, daß die Friedenskonferenz in diesem Sinne beschließen und damit die alte Schmach Europas tilgen wird.

Jüdische Gemeinde und neue Zeit.

Die uneingeschränkte Herrschaft des Rechts ist die einzige Rettung Europas, wenn nicht der Welt vor dem Chaos, sie ist vor allem die einzige Hoffnung Deutschlands. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Graf Brockdorf-Rantzau hat diese Grundsätze in Worte gekleidet, deren Wärme und Klarheit sich wohltuend von dem unterschied, was man sonst von dieser Stelle zu hören gewohnt war.... „Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt. Dieser Sieg kann nicht herbeigeführt werden durch kleinliche Mittel, durch Intriguen und Vorzimmergeheimnisse, wie sie das alte System anzuwenden liebte." — Diese Worte sollten zum Grundsatz werden für unser ganzes öffentliches Leben, für alle, in deren Händen öffentliche Interessen liegen. Wenn dieses Streben nach Demokratie und Recht überhaupt einen Sinn hat, so muß es unser ganzes Leben durchziehen und zuerst überall da verwirklicht werden, wo es allein von uns abhängt, wo wir erwarten können, es im internationalen Leben durchzusetzen.

Man sollte meinen, daß dies nirgends leichter sei als in unseren jüdischen Großgemeinden. Ihre Leitung ruht in Händen von Männern, die sich liberal nennen, im allgemeinen politischen Leben wohl einer der demokratischen Parteien angehören. Diese müßten doch wohl die ersten sein, wenn es die Verwirklichung liberaler Grundsätze gilt, sie da durchzuführen, wo sie die Macht dazu haben. Ja, wenn die Macht nicht so süß wäre, (zumal sie unseren jüdisch-liberalen Politikern sonst nirgends winkt als in der jüdischen Gemeinde) und die Furcht sie zu verlieren nicht so groß! Mit Staunen mußte man wahrnehmen, daß die Münchener jüdische Gemeindeverwaltung auf die Forderung, die fälligen Neuwahlen nach dem nun reichsgesetzlich vorgeschriebenen Verhältniswahlrecht aller 20jährigen Juden vorzunehmen, damit antwortete, daß sie die Wahlen überhaupt verschob. Wozu die Wahlen, da man sich im Besitz der Mandate durchaus wohl fühlte? Und Demokratie, Liberalismus? Die waren gut — für die anderen!

Es bedurfte erst des Eingreifens der Regierung, um die Vornahme der Neuwahl sicherzustellen und auch jetzt führt man diese nicht nach dem Proporz durch, der zwar Reichsgesetz und von den gleichen „liberalen" Kreisen im Jahre 1910 feierlich versprochen wurde — aber für die Machthaber so unbequem ist. Da würde eine Vertretung der ziffernmäßig die Minderheit bildenden, an Stärke ihres Judentums aber wesentlich gewichtigeren Richtungen ja nicht mehr von der Gnade des Kreises abhängen, der die jüdische Gemeinde als seine Domäne zu betrachten scheint.

Trotzdem es sich gezeigt hat, daß Reichstag und Landesparlamente innerhalb kürzester Frist und in aller Ordnung nach dem neuen System gewählt werden konnten, sollen die Wahlen in der jüdischen Gemeinde wieder nach dem alten so „liberalen" Wahlrecht stattfinden, das an die Steuerleistung gebunden ist, Frauen und — bezüglich der Wählbarkeit — Nichtbayern ausschließt. Die Aufrechterhaltung des Reservatrechtes für die Bayern — Bajuwaren hätte ich beinahe gesagt — in der jüdischen Gemeinde, das man als ein ganz besonderes Heiligtum ansieht, mutet sehr eigentümlich an in einer Zeit, in der Nichtbayern zum bayerischen Parlament und Österreicher zur deutschen Nationalversammlung wählen konnten. Besonders bei den letzteren war man gar nicht engherzig. Sie alle waren in der Mitbestimmung des Reichsgeschickes und der Landesentwicklung gleichberechtigt obwohl da mancherlei Einwände begreiflich wären. Die Gleichberechtigung hört auf in der jüdischen Gemeinde, wo es sich nur um jüdische Angelegenheiten handelt, die — man mag sie religiös oder national betrachten — eine Unterscheidung nach der Staatsangehörigkeit nicht zulassen.

Der Kreis, der die Gemeinde beherrscht, verharrt noch immer auf dem reinen Machtstandpunkt und hält nach wie vor die Kreise fern, die neues Leben ins Judentum bringen. Immer wieder drängt sich der Vergleich mit den früheren Gewalten im Reich auf, die sich den aufstrebenden frischen Kräften allzulang verschlossen — immerhin nicht so hermetisch, wie unsere „liberalen" Gemeindeführer. Für diese hat auch ihr geistiger Führer Professor Ludwig Geiger-Berlin schon das rechte Wort gefunden, indem er in vollem Ernst die geradezu groteske Behauptung aufstellt, daß mit dem Besitz auch die Intelligenz und Fähigkeit zur Führung der jüdischen Gemeinde verbunden ist.

War das Verhalten der „liberalen" Führer in vielen Großgemeinden, ihre ganze Auffassung von den Aufgaben der Gemeinde in erheblichem Maße mit schuld an der in weiten Kreisen herrschenden Gleichgültigkeit und Entfremdung gegen alles Jüdische, so wird die Fortdauer solcher Zustände in der Zukunft zu einer ungeheueren Gefahr für den Bestand der Gemeinde überhaupt. Wir stehen

vor der Trennung von Staat und Kirche. Binnen kurzem wird möglicher Weise die jüdische Gemeinde ein Verein sein, wie irgend ein anderer, dem man, je nach Neigung angehört oder nicht. Sind die „Minimaljuden“, auf die sich die Macht der jetzigen Gemeindeführer an vielen Orten stützt, heute vielleicht ziffernmäßig die Basis der Gemeinde, so werden sie dann nicht einmal mehr das sein. Bleiben aber die aufbauenden Kräfte im Judentum, von denen allein eine lebendige Fortentwicklung unserer Gemeinschaft zu erwarten ist, die gesetzestreuen und besonders die bewußt Nationalen weiterhin von der gebührenden Einwirkung auf die Gemeindeangelegenheiten ausgeschlossen oder werden sie gar aus der Gemeinde hinausgedrängt, so ist deren Bestand aufs Äußerste gefährdet. Dann bricht die Gemeinde-Organisation, die von Jahr zu Jahr weniger der Ausdruck des wirklich Bestehenden wurde, zusammen. Das Judentum in Deutschland kann aber die Gemeinde als Sammelpunkt nicht entbehren; und all diejenigen, denen der Fortbestand, die Fortentwicklung des Judentums auch in Deutschland am Herzen liegt, werden mit aller Kraft verhindern, daß mangelnde Voraussicht und ein engherziger Machtstandpunkt etlicher Gemeindegrößen die nur bei lebhafter Mitwirkung aller jüdisch Interessierten mögliche Fortexistenz der Gemeinde in Frage stellen.

Nun ist der Zeitpunkt aber für eine öffentliche Austragung der Unterschiede und Gegensätze in der Gemeinde so ungeeignet wie möglich. Deshalb wurde hier auch der Plan eines Kompromisses begrüßt, so wenig wir sonst Kompromisse, die Unklarheiten bestehen lassen, lieben. Ein Kompromiß der sozusagen im Burgfrieden geschlosen wird, darf aber das Rechtsgefühl nicht verletzen. Er ist eine Unmöglichkeit, wenn etwa die eine Partei auf die Aussichten pochen sollte, die ihr das bestehende Wahlunrecht gibt. Einer einigermaßen gerechten Mandatsverteilung muß mindestens das Kräfteverhältnis zwischen Mehrheit und Opposition zu Grunde gelegt werden, das die Wahlen von 1910 ergeben haben. Die Opposition ist seitdem ganz bedeutend gewachsen, wie deren Organisationen deutlich zeigen. Bei außerordentlich vielen ist der Wille zum Judentum wesentlich gestärkt worden. Sie alle werden den Fahnen der judentumserhaltenden Richtungen folgen.

Der Zionismus hat Erfolge errungen, welche die kühnsten Erwartungen übertroffen haben und ist im Begriffe, seine politische Aufgabe zu realisieren. Alle politischen Machtfaktoren, die Staaten sowohl, wie die internationale Sozialdemokratie, haben den Zionismus anerkannt und sehen ihn als die selbstverständliche Vertretung und Führung des jüdischen Volkes an. Nur die „liberalen“ Gemeindeführer erklären nach wie vor den Zionismus als nicht existenzberechtigt; sie dekretieren ihn hinweg, sie gestatten ihm nicht, in der Gemeinde seinen Platz einzunehmen! Besonders in München scheint man Wert darauf zu legen, sich den Ruhm, der durch die Behandlung des ersten Zionistenkongresses erworben wurde, zu erhalten. Dies trotz des bei den Kompromiß-Verhandlungen von zionistischer Seite bekundeten Friedenswillens.

Bringen die „Liberalen“ aber nicht so viel Liberalismus auf, vermögen sie nicht, sich so weit dem Geiste der Demokratie und Gerechtigkeit zu nähern, daß sie auf die Geltendmachung eines reinen Machtstandpunktes verzichten, dann wird sich der Kampf und die scharfe Auseinandersetzung der vorhandenen Gegensätze, die besser auf einen späteren Zeitpunkt verschoben würden, nicht vermeiden lassen. J. R.

Aus der jüdischen Welt

Deutsch-Österreich.

Austritt der jüdischen Sozialdemokratie aus dem Jüdischen Nationalrat für Deutsch-Österreich. In der letzten Sitzung des Jüdischen Nationalrates kam es zu starken Zusammenstößen zwischen der Gruppe der jüdischen Sozialisten und der zionistischen Majorität im Jüdischen Nationalrat. Die politischen Gegensätze dieser Parteien, die infolge der gegenerischen Stellung der Sozialsten gegen das jüdisch-nationale Wahlprogramm sehr verschärft waren, haben dazu geführt, daß die jüdisch-sozialistische Gruppe nun aus dem Jüdischen Nationalrat ausgetreten ist.

— Der polnische Bevollmächtigte in Wien hat alle galizischen Juden, die in den Jahren 1883 bis

1900 geboren wurden und sich gegenwärtig in Wien aufhalten, aufgefordert, vor einer Assentierungskommission für das polnische Heer zu erscheinen.

Polen.

Den Juden wird das Landtagswahlrecht entzogen. In Miechow, Gdow, Wolbrom, Olkusz Slomnik und in vielen andern Orten wird den Juden das Wahlrecht zum Landtag entzogen. Die jüdischen Wähler in Wolbrom erhielten folgende Benachrichtigung: Nach § 1 der Wahlverordnung zum polnischen Landtag sind einzig Bürger des polnischen Reiches zur Wahl berechtigt. Da nun die in unserm Wahlkreis wohnenden Personen mosaischer Konfession sich, sofern sie ehrlich sind, als Juden erklären und nach der Gründung eines jüdischen Reiches streben, die unehrlichen aber sich als Deutsche (?) ausgeben, wie die 1915 durch die Okkupationsmächte vorgenommene Bevölkerungszählung zutage brachte, so können sie nicht als Bürger des polnischen Reiches betrachtet werden, sondern als Ausländer. Nur durch eine feierliche Erklärung vor der Wahlkommission, daß er Pole sei, die polnische Republik sein einziges Vaterland sei, kann der Jude das Wahlrecht erlangen. — Dies bedeutet mithin für jeden Juden die Preisgabe seiner jüdischen Nationalität.

Rußland.

Die russischen Juden für die hebräische Universität. Um das nötige Material für die Jerusalemer hebräische Universität vorzubereiten, hat ein Zentralkomitee der russischen zionistischen Organisation ein spezielles Komitee gewählt, das sich aus den Herren J. D. Bruzkus, A. B. Salkind, A. D. Idelson, R. B. Rubinstein und Saul Tschernichowsky zusammensetzt. Ferner wurden je ein Vertreter der juristischen, medizinischen, technischen und philosophischen Fakultät in das Organisations-Komitee gewählt. Die Gesellschaft „Mada“ hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und bereitet wissenschaftliche hebräische Wörterbücher und die Übersetzung wissenschaftlicher Werke ins Hebräische vor. In Moskau wurde eine jüdische philosophische Gesellschaft gegründet, um die philosophische Fakultät an der Universität vorzubereiten.

Amerika.

Einwanderungsbeschränkung in Amerika. Die Times meldet vom 28. Januar aus Washington: Die Einwanderungskommission des Repräsentantenhauses hat den Gesetzentwurf, der die Einwanderung nach Amerika für die Dauer von vier Jahren nach Unterzeichnung des Friedensvertrages verwehrt, in günstigem Sinne erledigt. Die Kommission hat Berichte empfangen, nach welchen Hunderttausende von Menschen auf die erste Gelegenheit warten, um nach Amerika zu reisen, darunter auch eine Anzahl Deutscher. Der Gesetzentwurf macht eine Reihe von Ausnahmen für gewisse Personen; er bezieht sich auch nicht auf Kanada, Neufundland und Mexiko.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Stuttgart. In einer Versammlung der zionistischen Ortsgruppe entspann sich im Anschluß an den Bericht über den Delegiertentag eine lebhafte Debatte. Von einer Seite wurde der Zionismus als eine rein politische Bewegung vertreten; dagegen trat Herr Lichtinger auf, der die Verinnerlichung des Zionismus forderte. Er betonte, daß der Zionismus den ganzen Menschen durchdringen müsse und daß unser Zionismus nicht von den jetzt gerade für uns günstigen politischen Verhältnissen abhängig sei. Der Redner erntete großen Beifall.

Nationalfondsspenden. Erna Lichtenstein zur Genesung ihrer Schwester M. 50.—; Leser Schindler gratuliert Israel Hauser und Frau zur Geburt ihres Sohnes M. 1.50; Balduin für eine Premierenkarte M .3.—; Mehrbetrag bei der Verlobung Saposchnik-Jolles M. 2.—

Dr Oscher u. Dr. Salm. Singer Garten: Paul Ordenstein, R.-A. Karpf, Zahnarzt Singer, Max Singer, R.-A. Stern, Dr. Lewin, Mendelsohn und R.-Pr. Thalmann in Erinnerung an Frau Dr. Singer und Frau Jettchen Japha bei dem Begrüßungsessen von R.-A. Karpf und Paul Ordenstein 3 Ölbäume: M. 18.—. Max Singer, Breslau aus Freude über das gemütliche Besammensein in Nürnberg mit R.-A. Karpf und Paul Ordenstein und aus Liebe zu seinem Bruder Alex. Singer auf deren Namen je 1 Ölbaum, 3 Ölbäume: M. 18.—.

Dr. Goldscheider Garten: Flora Fränkel freut sich über die Genesung von Meta Lichtenstein und pflanzt auf ihren Namen einen Ölbaum: M. 6.—. Erna Lichtenstein zur Genesung ihrer Schwester 1 Baum: M. 6.—.

Goldenes Buch Paul Ordenstein, Nürnberg: Anläßlich des durch Paul Ordenstein und R.-A. Karpf veranstalteten Begrüßungssoupers zu Ehren der aus dem Felde zurückgekehrten Freunde Zahnarzt Singer und R.-A. Stern, spenden diese und die Herren Dr. Lewin, R.-P. Thalmann, Max Singer und Mendelsohn M. 15.—.

Goldenes Buch R.-Pr. Kahn, Nürnberg: Dieselben Herren spenden aus gleichem Anlaß M. 15.—.

Goldenes Buch Michel Mahler und Dora Fleischer: Gesammelt bei der Verlobungsfeier Fleischer-Mahler M. 187.—. Julius Koronczyk gratuliert zur Verlobung Fleischer-Mahler M. 5.—. Hermann Mahler dankt Jakob Reich und spendet aus verschiedenen Anlässen M. 10.—. Elisabeth und Michel Mahler wünschen ihrem lieben Hermann viel Glück auf den neuen Weg M. 6.—. Dora Fleischer und Michel Mahler danken allen, die ihrer anläßlich ihrer Verlobung gedachten M. 20.—. Henny und Jakob Reich gratulieren zur Verlobung Fleischer-Mahler M. 2.—. Fanny und Paul Grünbaum gratulieren ebenfalls M. 2.—. Isaak Tannenzapf und Frau desgleichen M. 2.—. Henny und Jakob Reich gratulieren Mathilde Saposchnik und Norbert Jolles zur Verlobung M. 2.—. Isaak Tannenzapf und Frau desgleichen M. 2.—.

Büchsenleerung: Friedl Krell M. 40.47, Tina Kohn 2.49. Wegen Aufstellung von neuen Büchsen wende man sich an Elisabeth Mahler, Baderstraße 53/I.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß“ München. Sonntag, 9. Febr. 1. Gruppe: 8 Uhr Ostfriedhof, Billet nach Grünwald, 75 Pfg. 2. Gruppe: 8.30 Uhr, Endhaltest. Linie 26 Talkirchen, 5 Pfg. 4. Gruppe: 9 Uhr Starnbergerbahnhof, 95 Pfg. 1. Zug: 8 Uhr Endhaltestelle der Linie 26 Talkirchen, 45 Pfg. 3. und 4. Zug: 9.30 Uhr Waldfriedhof oder 12 Uhr Hauptbahnhof, 60 Pfg.

Jüdischer Wanderbund Nürnberg. Sonntag 9. Februar. Buben. 1. Zug: 2 Uhr Endp. Linie 3, 2. Zug: Endstation Linie 2, Nachzügler 1.45 Uhr Prinzregentendenkmal, Abfahrt 2 Uhr. Treffpunkt Feucht Bahnhof. Mädels: 7.45 Uhr Prinzregentendenkmal 8.06 Uhr Abfahrt.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Für unsere heimgekehrten Mitglieder findet Samstag, den 15. Februar im Paulanerbräu, Kaufingerstraße, Punkt 7 Uhr, eine Begrüßungsfeier mit anschließendem Tanz statt. Gäste herzlich willkommen. — Sonntag, 9. Februar: Rodelfahrt nach Deisenhofen. Treffpunkt: 11.30 Uhr Ostfriedhof. Rodel mitbringen, event. können Rodel ausgeliehen werden. — Für den Montag, den 10. Febr. ausfallenden Turnabend wird ein solcher Mittwoch, den 12. Febr. von 7.30—9.30 in der Turnhalle Auenstr. 19 eingeschoben. Alles pünktlich kommen, da für das am 9. März stattfindende Schauturnen geübt wird. Der Turnrat.

Poale Zion. Die Poale-Zionisten mit Freunde trefen sich jeden Mittwoch im Vereinsheim des Bne Jehuda, Burgstraße 3/II.

Bne Jehuda. Samstag, den 15. II. 19: Vortrag des Herrn Nathan Chavkin über „Die ethische Bedeutung des Zionismus". Beginn 8 Uhr abends. Gäste willkommen. Saal wird noch bekannt gegeben. Die Mitglieder werden dringend gebeten, die Bibliotheksbücher bestimmt am Sonntag, den 9. II. 19 zwischen 10—11 Uhr vorm. abzugeben.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.